

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die reichhaltige Komparatabelle oder dazu Raum kostet 12.- M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigensteuer.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Eugen Prager. Druck: Druckerei „Freiheit“ in Berlin. Preis: 50 Pfg.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Henkerjustiz in Ungarn

Mittelalterliche Barbarei

(Jutel.) Budapest, 6. April.

Der Budapestener Militärgerichtshof hat den Feldwebel Fekete, der französische Offiziere über den Hejas in Orsova begangenen Mord mitteilend gemacht hatte, zum Tode verurteilt. Fekete ist bereits hingerichtet worden.

Die vorstehend gemeldete Tatsache hebt sich aus der Reihe ähnlicher Vorgänge in Ost-Ungarn hervor, weil sie das Fortbestehen einer Henkerherrschaft feststellt, die ihresgleichen in der neuen Geschichte nicht hat. Der Feldwebel Fekete, der vom Budapestener Militärgerichtshof zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden ist, ist den regierenden Henkern deshalb zum Opfer gefallen, weil er den Mut gehabt hat, französischen Offizieren die Wahrheit über die unheimlichen Greuelthaten des Henkers Hejas mitzuteilen. Dem Hejas ist kein Haar gekrümmt worden, dafür aber haben sich die Militärbehörden mit der ganzen Wucht ihrer terroristischen Maßnahmen auf Fekete gestürzt und ihn nun in die endlose Reihe der Opfer der Budapestener Herrscher eingereiht.

Der Budapestener Militärgerichtshof hat sich auf die Seite des blutbesudelten Sdissen Hejas gestellt. Ihm muß nun die Verachtung und der Born der gesamten Kulturwelt treffen, wenn sie ihre Pflicht gegenüber dem gemarterten ungarischen Volke erfüllen will. Gegen ihn muß sich vor allen Dingen die Empörung des französischen Volkes wenden, denn der jetzt hingerichtete Feldwebel Fekete fiel als Opfer seines naiven Glaubens, daß die Mitglieder der französischen Militärmission in Ungarn dazu da sind, der mittelalterlichen Barbarei der Horthy-Hejas- und Brona-Bande ein Ende zu machen.

Das Requiem für Karl von Habsburg

Teilnahme des Bundeskanzlers Schober.

Interpellation der Sozialdemokraten im Nationalrat. Wien, 6. April.

Nationalrat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Reutner und Gensollen brachten heute eine an die Bundesregierung gerichtete dringende Anfrage ein, ob es richtig sei, daß der Chef der Bundesregierung und andere Kabinettsmitglieder an der in die Form eines Trauergottesdienstes für Karl Habsburg eingeleiteten Demonstration teilgenommen haben, obwohl sie nach den Aufforderungen der monarchistischen und christlich-sozialen Presse den monarchistischen Charakter der Demonstration erkennen mußten, und womit die Bundesregierung ihre Teilnahme an dieser monarchistischen Demonstration zu rechtfertigen gedenke.

In Begründung dieser Interpellation erklärte Abgeordneter Reutner, es handele sich bei der heutigen Kundgebung nicht um einen Akt der Pietät, sondern um einen politischen Akt und um eine antirepublikanische monarchistische Kundgebung. Diese Kundgebung habe durch die Teilnahme des Bundeskanzlers und der stärksten politischen Partei eine Bedeutung erhalten, die leicht im Ausland mißverstanden werden könnte. Das arbeitende Volk der Republik, das die Republik geschaffen habe, werde sich zu hüten wissen gegen jeden Versuch, aus den Andenken einer Demonstration den Geist von Taten zu machen.

Während dieser Ausführungen kam es wiederholt zu härmischen Zwischenfällen und Auseinandersetzungen zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten.

Bundeskanzler Schober stellte in seiner Antwort auf die Anfrage fest, daß die Bundesregierung zu dem Requiem weder eingeladen worden sei, noch korporativ daran teilgenommen habe. Der Bundeskanzler habe angesichts seines persönlichen Verhältnisses zum ehemaligen Herrscher es als pietätlos angesehen, wenn er dem Requiem ferngeblieben wäre. Die Straßendemonstration, die mit der kirchlichen Feier nichts zu tun habe, werde von der Regierung aufs schärfste verurteilt. Die Sicherheitsbehörde habe ihr ein rasches Ende bereitet, wobei 21 Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Regierung werde auch in Zukunft derartige Störungen der öffentlichen Ordnung und Ruhe in Schach zu halten wissen. (Beifall.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner erklärte, es falle niemandem ein, irgendwas deshalb nachzutreten, weil er persönliche Anhänglichkeit und Ergebenheit im Herzen trage, aber es verträglich das gesellschaftliche und moralische Wesen der Republik, wenn ihr oberster Beamter in solche Verbindung gerate, die zumindest zweideutig erscheinen müsse. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit war die Beratung über diesen Gegenstand beendet. In Erledigung der Tagesordnung wurde das finanzielle Abkommen mit der Tschechoslowakei genehmigt.

Chauvinismus und Militarismus in Frankreich

Paris, 7. April.

In seiner gestrigen Rede in der Kammer erklärte Ministerpräsident Poincaré zum Schluß zur Begründung der 18monatigen Dienstzeit:

Ich sage, daß wir gezwungen sind, Rücksicht zu nehmen auf den Geisteszustand Deutschlands, wo sich die militärischen Kundgebungen häufen, wo eine Propaganda entfaltet wird, selbst bis in die Rheinlande, wo eine Propaganda der Verleumdung und der Lüge (1) gegen uns, gegen die Belgier und gegen den Friedensvertrag, die Ausföhrung des Friedensvertrages sicherstellen und unsere Sicherheit garantieren. Das sind die Pflichten, denen sich keine französische Regierung entziehen kann. Ich will nicht die Voraussetzung ins Auge fassen, daß wir eines Tages für die Verteidigung unserer Rechte allein stehen werden. Wir hoffen wohl, daß der treue Beistand unserer Alliierten uns niemals fehlen wird, aber die Geschichte und die Geographie zwingen uns ständig die gefährliche Last auf, Vorposten zu stehen. Wenn wir nochmals angegriffen würden, könnten wir dann unsere Resistenz ohne wirkungsvolle Deckung vornehmen, damit wir nicht den Ruin der Belagerung des Rheinlandes verlieren und damit unser Land nicht nochmals verliert wird? Vergessen wir auch ferner nicht, daß wir auch im Elsaß eine Grenze gegen Deutschland haben, viel schwächer als unsere Grenze im Norden, die also auch solche Deckung erfordert. In 15 Jahren, selbst vorher, wird Deutschland offensichtlich endgültig entwaffnet sein, aber heute ist es das nicht.

Wider den militaristischen Chauvinismus.

Paris, 7. April.

Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum schreibt im „Populaire“ über die gestrige Kammerrede: Welche Gründe und in welcher Sprache ausgedrückt! Kriegsminister Maginot und Ministerpräsident Poincaré haben einer nach dem anderen auf der Kammertribüne den Ton und die Thematik anerschlagen, von denen man bis jetzt glaubte, sie seien ein Geheimnis von André Vercors. In welchen Enttäuschungen wird diese Politik führen? Selbst die Belagerung des Ruhrgebietes und von Frankfurt a. M. und selbst von Berlin werden die Papiermatt nicht in Goldmark verwandeln, noch die Ruinen von Lens in bewohnbare Häuser. Anzwischen aber geben wir neue Argumente, neue Nahrung für die „verbrecherische Propaganda“, die uns als die Feinde des Friedens bezeichnet. Nach Washington und vor Genoa war die Gelegenheit wahrhaft glücklich, der Augenblick wirklich opportun gewählt. Ich wünsche Herrn Barthou viel Vergnügen, Herr Poincaré hat ihm seine Aufgabe gut vorbereitet.

In der Tat: der französische und der deutsche Militarismus führen sich gegen seitig neue Argumente und neue Nahrung zu. Der eine ist die fürorgliche Nährmutter des anderen, und der Unterschied ist nur der, daß der französische Militarismus nur gefährlich und reaktionär ist, während bei uns einheimischen militaristischen Nationalisten zur Gefährlichkeit die Väterlichkeit erschwerend hinzukommt.

Die Vorkonferenz der Alliierten

Paris, 7. April.

Nach dem „Petit parisien“ werden die fünf Hauptmächte am Sonntag in Genoa eine Vorversammlung abhalten, in der nachfolgende drei Punkte zur Sprache kommen sollen:

1. Welche Staaten haben auf die Einladung nach Genoa geantwortet? 2. Welche Antwort haben sie auf die Zulassungsbedingungen erteilt? 3. Wie soll die Einhaltung dieser Bedingungen während der Konferenz gesichert werden?

Die Staaten der Kleinen Entente werden dieser Versammlung nicht beizuwohnen, da sie nicht zu den einladenden Mächten zählen. Frankreich hat in diesem Punkte nachgegeben. Sofort aber nach der Eröffnung der Konferenz wird die Unterscheidung zwischen einladenden und eingeladenen Mächten verschwinden, und es besteht kein Grund mehr, die Staaten der Kleinen Entente von den alliierten Besprechungen auszuschließen, wenn solche im Laufe der Konferenz sich als notwendig herausstellen sollten.

Das geteilte Oberschlesien

Von Eugen Prager.

Die Stunde rückt näher, in der die südöstliche Ecke des Deutschen Reiches aus ihrem bisherigen staatlichen Verhältnis gelöst werden und eine neue politische Verbindung eingehen soll. Die lange Zugehörigkeit zu Deutschland hat Oberschlesien mit seinem Joden wirtschaftlicher, geistiger und kultureller Natur verknüpft; der Trennungskrieg wird scharf in diese Verhältnisse eingreifen und es wird eine geraume Weile dauern, bis sich die neue Ordnung der Dinge aus den papierenen Vereinbarungen in die rauhe Wirklichkeit umgesetzt hat. Die Verhandlungen, die in Ausführung des Schiedsspruchs des Völkerbundsrats in Genf geführt werden sind, haben bis auf die Frage der Liquidation des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien zu einer vollen Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien geführt. Es wäre zu wünschen, daß der letzte Verhandlungsversuch erfolgreich verläufe und ein Schiedsspruch des Präsidenten baldiger Vermieder werden würde. Denn es muß ohne Zweifel den Wert der Abmachungen erhöhen und ihre Beständigkeit sichern, wenn sie ohne jeden Zwang erfolgt sind, und sei es auch, daß dieser Zwang die Form eines Schiedsspruchs annimmt.

Abgesehen aber von dieser einen Differenz sind die Verhandlungen, so wird von allen Beteiligten versichert, in ausgleichendem Geiste und mit gegenseitigem Vertrauen geführt worden. Und man fragt sich unwillkürlich, ob es für Oberschlesien wie für ganz Deutschland und Polen nicht besser gewesen wäre, wenn diese verbühliche Stimmung schon längst das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten beherrscht hätte. Unwegen materiellen und geistigen Gutes sind in Oberschlesien die Jahre hindurch von beiden Seiten verpulvert worden, das Land wurde zu einem Herde der wildesten Korruption gemacht, der nationale Haß hat die sozialen Verhältnisse gefälscht, die Seelen vergiftet, die Bevölkerung auseinandergerissen. Oberschlesien wurde zur eiternden Wunde, die jahrelang am Leibe Europas fraß und die aufkeimenden Triebe einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen schon in der Wurzel vernichtete. Die beiden Länder, wirtschaftlich aufeinander angewiesen, politisch zu guter Nachbarschaft verpflichtet, stehen noch heute voller Mißtrauen einander gegenüber. Wenn es dem französischen und englischen Kapital bereits gelungen ist, durch zahlreiche Kanäle in das valutastarke Polen einzudringen, so verdankt es diesem Erfolg vor allem der deutschen Abstinenz. Noch immer verperrt eine wirtschaftspolitische Mauer den Güterausstausch zwischen Deutschland und Polen. Nur in trüben Minutalen fidert Schleichware von dem einen in das andere Land.

Es hat wenig Wert, bei dieser Gelegenheit noch einmal die Ursachen darzustellen, die zum Verlust eines Teiles von Oberschlesien geführt haben. Die Lösung eines der wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete von Deutschland ist eine historische Tatsache und man muß es jetzt den nationalitätlichen Klagenweibern überlassen, von einer Wiedereroberung der verlorenen Provinz zu träumen. Der Schiedsspruch des Völkerbundsrats hat eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Vorkehrungen getroffen, um die Bereicherung des Gebiets möglichst schmerzlos zu machen und dem ganzen Gebiet Zeit gelassen, sich in die neuen Verhältnisse zu finden. Es wird abzuwarten sein, ob sich die eine Ansicht als wahr erweist, die eine günstige Entwicklung für Oberschlesien trotz seiner Zweiteilung voraussetzt; oder ob die Schwarzleber recht behalten, die den wirtschaftlichen und kulturellen Untergang Oberschlesiens ankündigen. Die deutsche Politik gegenüber Polen darf weder mit der einen oder mit der anderen Möglichkeit rechnen, sondern sie muß sich endlich auf den harten Boden der Tatsachen stellen. Nicht um nationale Gefühle handelt es sich jetzt, sondern um wirtschaftliche Notwendigkeiten. Und die verlangen dringend, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen eine freundlichere Gestalt gewinnt.

Das polnisch werdende Stück von Oberschlesien soll eine Wohnstadt werden, also etwa provinzielle Selbstverwaltung erhalten. So wenigstens ist es in Oberschlesien von den Polen versprochen worden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese Selbstständigkeit etwa bis zum Grade einer bundesstaatlichen Autonomie entwickeln wird; vielmehr dürfte mit dem Erhalten des polnischen Staatswesens die zentralen Gewalten auf Beilegung der autonomen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen hinarbeiten. Was aber soll

nun aus dem deutschbleibenden Teile Oberschlesiens werden? Wir wissen, daß dort eine starke Strömung besteht, die auf die Schaffung eines neuen Bundesstaates hinarbeitet. Es gab eine Zeit, in der man in Oberschlesien auf die völlige Lösung des Gebiets vom Deutschen Reich drängte, und dabei noch die Hoffnung hegte, mit Hilfe der Entente die angrenzenden Kohlen- und Industriebezirke von Dombrowa, Bielitz, Karwin und Stran zu erwerben und aus dem ganzen Komplex einen eigenen Wirtschaftsstaat bilden zu können. Diese Hoffnung ist freilich längst zu Grabe getragen und auch von der Lösung des bei Deutschland verbleibenden Oberschlesiens ist, öffentlich wenigstens, keine Rede mehr. Aber ist das Verlangen nach der Schaffung eines autonomen Bundesstaates Oberschlesiens berechtigt? Die Autonomisten behaupten, daß sie sich lediglich von Zweckmäßigkeitsgründen leiten ließen. Bisher habe Preußen in der Verwaltung Oberschlesiens völlig verlagert. Die preussische Bürokratie habe die obereschlesische Bevölkerung niemals verstanden, ihre Organe seien stets als Fremdkörper empfunden worden. Nur wenn Oberschlesien sich völlig selbstverwalte, die Beamten, die Richter und die Lehrer aus den Reihen der eigenen Bevölkerung nehme, sei zu erwarten, daß das Land sich künftig so entwickeln werde, daß der polnisch werdende Teil mit Sehnsucht nach dem verlorenen Paradiese zurückzukehren werde.

Es ist vieles richtig, was in dieser Beziehung vorgebracht wird. Wie in Elsaß-Lothringen, wie in Posen, so haben auch in Oberschlesien die preussischen Bürokraten und die preussischen Militärs wie die Eroberer in fremdem Lande gehaust. Der Nationalismus, jene berückte nationalitische Spielart der Vorkriegszeit, trägt die Hauptschuld daran, daß die polnischsprechende Bevölkerung der Ostprovinzen das Deutschtum nur in seiner schenlichsten Frage kennen lernten. Auch in den Jahren nach dem Zusammenbruch ist es in Oberschlesien nicht viel besser geworden. Der obereschlesische Noske, Herr Hörsing, hat weiter verdorben, was in Oberschlesien noch zu retten war. Den Rest hat schließlich die deutschnationale Stimmungsmache gegeben, die fälschlich als deutsche Abstimmungspropaganda ausgeführt wurde. Die Oberschlesier mügen recht damit haben, wenn sie nach demokratischer Ausgestaltung ihres öffentlichen Lebens verlangen; aber das ist nicht ihr Sonderrecht, sondern das ist eine Forderung, die für das ganze Reich verwirklicht werden muß.

Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Forderung der staatlichen Selbstständigkeit für Oberschlesien unbegründet. Der bei Deutschland verbleibende Teil enthält nur einen Rest des bisherigen eigentlichen Industriegebietes. Dagegen gehören zu ihm große Kreise, die wirtschaftlich durchaus nach dem übrigen Teile Oberschlesiens tendieren. Wollte man sie zu dem künftigen obereschlesischen Staate schlagen, so würde das eine außerordentliche Schädigung der Interessenten, insbesondere des Breslauer Bezirks, bedeuten. Die ganze wirtschaftliche, geologische und verkehrstechnische Natur des deutschen Oberschlesiens drängt nicht nach einer Absonderung, sondern nach einer um so innigeren Verbindung mit der übrigen Provinz. Schließlich darf man Fragen von solcher Art überhaupt nicht nach den selbstständigen Interessen eines einzelnen Landes teiles beurteilen. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte in seiner Breslauer Messereide unbedingt recht, wenn er auf die Notwendigkeit verwies, die wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Reichs zusammenzufassen und sie nicht noch weiter zerplittern zu lassen.

Nur vor dem einen soll man sich hüten, diese Frage als eine besondere preussische Frage darzustellen. Es handelt sich um eine Angelegenheit des ganzen Reichs und die Arbeiterklasse hat allen Anlaß, darauf

zu achten, daß sie nicht nach partikularistischen oder nach preussisch-bürokratischen Gesichtspunkten erledigt wird. Neben den von uns genannten Gründen der Autonomisten gibt es noch andere, die sich hinter dem Deckmantel der Zweckmäßigkeit verstecken. Die kapitalistischen Schichten Oberschlesiens erhoffen von der Autonomie eine Verstärkung ihrer privilegierten Stellung. Die Klerikalen Kreise wünschen ihren Einfluß so auszudehnen, daß Oberschlesien ganz in ihre Hände gerate. Man mag einwenden, daß das Ueberwiegen des proletarischen Elements in Oberschlesien die Verwirklichung solcher Bestrebungen verhindern werde. Wer aber den ungeheuren Einfluß der kapitalistischen und der klerikalen Mächte in Oberschlesien kennt, der wird wissen, wie gering vorläufig noch die Widerstandsfähigkeit eines großen Teiles der Arbeiterschaft ihnen gegenüber ist, und der wird nicht wünschen wollen, daß sie ihnen vollends ausgeliefert werde.

Was jetzt nützlich ist, das eine, sich nicht von neuen Problemen verwirren zu lassen, sondern eine klare und eindeutige politische Linie innezuhalten. Außenpolitisch muß das Verhältnis zu Polen geklärt werden, innenpolitisch sind alle Garantien für eine freie wirtschaftliche und politische Entwicklung zu schaffen. Nur auf solche Weise kann der Schaden schnell verwunden werden, der der deutschen Wirtschaft durch den Verlust eines Teiles von Oberschlesien zugefügt wird.

Mißglückte Regierungstürzerei

Die Hege gegen die sozialistische Regierung in Sachsen, die zu einer mißglückten parlamentarischen Aktion geführt hat, geht in der Presse weiter. Das „demokratische“ „Berliner Tageblatt“ läßt sich weiterhin von seinem Korrespondenten falsche Berichte schicken, um mit diesem Mittel politische Geschäfte zu machen. In der Sitzung des sächsischen Landtags vom Donnerstag ist der Antrag der Deutschnationalen auf Landtagsauflösung abgelehnt worden, die drei Arbeiterparteien traten geschlossen gegen die bürgerlichen Bestrebungen auf. Trotzdem reden auch die demokratischen Organe der Deutschnationalen vor, die „peinliche Krise“, in der sich die sächsische Regierung befinde, sei „mit Hilfe der Linksparteien auf eine Zeitlang vertagt“ worden.

Diese Kampagne des Bürgertums ist wirklich reichlich ungeschickt. Da man die sächsische Regierung mit normalen Mitteln nicht beseitigen kann, weil sie sich auf eine parlamentarische Grundlage stützt, greift man zu den unfauleren Methoden. Dazu gehört, wie wir schon festgestellt haben, auch das dunkle Mittel der falschen Berichterstattung, das die bürgerliche Presse konsequent anwendet.

Die Steuergesetze im Reichsrat

Die Schlemmersteuer abgelehnt.

Der Reichsrat lehnte gestern den Antrag Bayerns, betreffend Entwurf eines Gesetzes gegen Schlemmerei ab. Die 14 neuen Steuergesetze mit dem Mantelgesetz und dem Branntweinmonopolgesetz haben in der Sitzung des Reichstags die Zustimmung der Reichsratsausschüsse gefunden. Entsprechend den Vorschlägen der Ausschüsse, beschloß das Plenum keinen Einspruch gegen die Beschlüsse des Reichstags zu erheben. — Angenommen wurde der Gesetzesentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank und der neue Besoldungstat für die Reichsbankbeamten sowie der neue Bankhaushalt. Gegen den vom Reichstag am Mittwoch angenommenen Gesetzesentwurf über Erhöhung der Unterstützung der Sozialrentner, beschloß der Reichsrat Einspruch zu erheben, da nach Ansicht des

Reichsrats, Länder und Gemeinden ungerechtfertigt und unmöglich belastet würden. Es soll aber versucht werden, mit dem Reichstag zu einer Einigung zu kommen, dergestalt, daß noch am Freitag die Angelegenheit trotz des Einspruchs endgültig erledigt werden kann.

Die deutsche Genua-Delegation

Die endgültige Zusammensetzung.

Die deutsche Delegation zur Genua-Konferenz ist endgültig folgendermaßen zusammengesetzt:

Delegierte: Dr. Wirth, Reichskanzler; Dr. Rathenau, Reichsminister des Auswärtigen; Dr. Hermes, Reichsfinanzminister; Schmidt, Reichswirtschaftsminister.

Reffortvertreter: Reichsfinanzlei: Dr. Gemmer, Staatssekretär. Auswärtiges Amt: Dr. v. Simson, Staatssekretär, Generalkommissar der Delegation; Freiherr v. Rathenau, Ministerialdirektor; Dr. Gans, Wirkl. Reg.-Rat; Dr. Ritter, Vortr. Rat. Presseabteilung der Reichsregierung: Müller, Ministerialdirektor; Dr. Dreßler; Dr. Kühn; Freiherr v. Luder, Delegationssekretär, Reichsfinanzministerium: Dr. Schroeder, Staatssekretär; Norden, Geh. Reg.-Rat; Dr. Dorn, Ministerialrat, Reichswirtschaftsministerium: Dr. Orlsch, Staatssekretär, Professor; Dr. Löwe, Reg.-Rat, Reichsarbeitsministerium: Dr. Weigert, Geh. Reg.-Rat; Dr. Berger, Reg.-Rat, Reichsverkehrsministerium: Stieler, Staatssekretär, Reichsbank: Dr. Hagenstein, Präsident; Dr. Nordhoff, Direktor, Dr. Ritter v. Meinel, Staatsrat; Hellinger, Geh. Reg.-Rat. Sekretariat: Generalsekretär: Dr. Riep, Legationssekretär.

Dierzu kommt noch das erforderliche technische Personal. Mit führenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens, die als Sachverständige nach Genua gehen werden, sind noch Besprechungen im Gange. Die Namen stehen noch nicht endgültig fest.

Unter den Sachverständigen wird sich auch Genosse Dr. Rudolf Hilferding befinden, der bisherige Chefredakteur der „Freiheit“. Hilferding scheidet schon jetzt aus der Redaktion aus. Seine Ernennung zum Sachverständigen erfolgte auf Vorschlag des Reichswirtschaftsrats.

Der englische Metallarbeiterkonflikt

(Intell.) London, 7. April.

Die gestrige Zusammenkunft zwischen dem Verhandlungskomitee und den Unternehmern verlief ergebnislos. Nach einstündiger Besprechung wurde mitgeteilt, daß die Lage noch unverändert sei. Das Verhandlungskomitee forderte die Einschaltung eines Schiedsgerichtes, was jedoch von den Unternehmern mit der Erklärung abgelehnt wurde, sie könnten auf die verlangte Lohnverminderung nicht verzichten. Das Verhandlungskomitee hat den Arbeitsminister nochmals um Einschaltung einer Untersuchungskommission gebeten, doch erklärte dieser, daß er, ehe er auf diese Forderung eine Antwort erteilen könne, mit den Vertretern der Unternehmer verhandeln müsse.

Das für den bisherigen Gesandten in Georgien Ulrich Hauser in Warschau nachgesuchte Agreement als deutschen Gesandten für Polen ist gestern in Berlin eingetroffen. Die Ernennung Hausers zum deutschen Gesandten in Warschau steht unmittelbar bevor.

Bauerndelegationen beim Patriarchen Tichon. Unter der Führung zweier Geistlicher begab sich eine Delegation von Bauern aus dem Wolgagebiet nach Moskau, um den Patriarchen Tichon, der sich bisher weigerte, die Kirchenschätze zugunsten der Hungernden Russlands herauszugeben, durch bewegte Schilderung der verzweifeltsten Lage der Bevölkerung im Wolgagebiet zu einer Änderung seiner Haltung zu bestimmen. Tichon erteilte jedoch nur eine ausweichende Antwort.

Von der Macht zur Rechtspolitik

Von Dr. Hans Wehberg.

Der Weltkrieg wird noch für lange Zeit im Mittelpunkt aller politischen Erörterungen stehen. Die Beantwortung der Frage, wie er anzubringen und über vier Jahre hindurch Europa erschüttern konnte, ist besonders für diejenigen bedeutsam, die aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen wollen. Ein erschreckender Mangel an großen Ideen findet sich in den meisten Werken über den Weltkrieg. Nur wenige Autoren vermögen es, über den Gesichtskreis des eigenen Volkes hinauszutreten und die Idee der Menschheit zum Leitmotiv ihrer Ausführungen zu machen. Immerhin gibt es einige neuere, von einem tiefen Ethos dieser Art durchzogene Bücher. Das sie überhaupt in Deutschland erscheinen, ist ein Beweis für einen sich doch ganz allmählich vollziehenden Wandel.

Mit großer Genugtuung darf besonders ein neues Werk über die Entstehung und den Verlauf des Weltkrieges begrüßt werden. Der Verfasser des Buches „Die Tragödie Deutschlands“. Im Banne des Machtgedankens bis zum Zusammenbruch des Reiches; Von einem Deutschen“ (München 1922, Dunder & Humblot) hat sich um Deutschland sehr verdient gemacht. Denn sein Werk ein Volksbuch werden und in die breitesten Kreise dringen würde, so stände es gut um unser Vaterland. Mit großem Bekanntheit legt der Verfasser dar, daß wir auch heute noch unserer früheren Schuld gegenüber feige sind, daß die Motive unseres Niederbruchs legendenhaft verschleierte werden und daß uns in Deutschland Kommentare über das Weien unserer Tragödie geboten werden, über die man schamvoll erröten muß. Nur wenn das deutsche Volk erkennt, worin die Schuld seiner Vergangenheit liegt, nämlich in der Verherrlichung der Rechtspolitik über alles Maß hinaus, nur dann kann es gefunden. Der Verfasser ist nicht blind gegen die Fehler, die auch von anderen Völkern gemacht worden sind; er spricht nicht nur über die Sünden der Kriegsfreunde in Deutschland, sondern auch über die der Chauvinisten anderer Völker. Aber wenn er das tut, so geschieht das nicht mit dem Unterton: Seht, wir sind doch besser, als man in der Welt glaubt, sondern mit der entschiedenen Tendenz: Wir haben fürchtbar geschlitten und es muß anders mit dem deutschen Volke werden. Der Geist Deutschlands, der Untertanenverstand des deutschen Volkes, die Bestimmung seines alten Heeres, seiner Beamten, seiner Pfarrer, die den Krieg verherrlichen, werden schonungslos angefaßt. Der Verfasser muß ein hervorragender Militär sein; sonst könnte er nicht mit so trefflicher Beweisführung die Niederlage unseres Heeres im Welt-

kriege aus der neu-preussischen Strategie ableiten. Der Leitgedanke, der das ganze Buch durchzieht, läßt sich etwa dahin zusammenfassen, daß es für die eigene Nation, für ihr Blühen und Gedeihen nichts Besseres gibt, als die Erkenntnis ihrer Beziehungen zur Menschheit.

In einzelne Episoden des Weltkrieges und seiner Vorgeschichte führen uns die diplomatischen Erinnerungen des Barons von Szilassy „Der Untergang der Donaumonarchie“ (Berlin 1921, Verlag Neues Vaterland). Ein ungarischer Aristokrat, der an den österreichisch-ungarischen Verfassungen in zahlreichen Ländern vor dem Kriege tätig war und hier interessante Erfahrungen sammelte, plaudert ungeschwungen von seinen Erlebnissen. Szilassy hat Szilassy als technischer Delegierter die zweite Haager Friedenskonferenz mitgemacht, und er entwirft ein interessantes Stimmungsbild von dieser Tagung. Daraus, daß er den schweren Gegenlag innerhalb der deutschen Delegation zwischen Krieger und Fört nicht erwähnt, geht hervor, wie geheim 1907 von den Führern der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation die Verschönerung wider den Weltfriedensvertrag betrieben worden ist. Der Verfasser hat zu denen gehört, die schon früh in die Zukunft sahen. Er hat während des Weltkrieges Audienzen beim Kaiser Karl gehabt, der sich einmal Szilassy gegenüber über die Kriegsverlängerung Hindenburg und Ludendorff bitter beklagt hat. Er hat auch eine Denkschrift über die Notwendigkeit eines sofortigen Friedens, selbst eines Separatfriedens, entworfen. Aus seiner Abneigung gegen die chauvinistischen und militaristischen Elemente, die in den beiden mitteleuropäischen Kaiserreichen zum Krieg getrieben haben, macht der Verfasser kein Hehl. Auch sieht er mit Recht, daß ohne das Verhalten der Machthaber in Berlin und Wien der Weltkrieg 1914 nicht ausgedrungen wäre. Das alles wirkt um so mehr, als die Liebe Szilassy zu seinem Heimatlande Ungarn an vielen Stellen deutlich hervortritt. Abgesehen von diesen politischen Betrachtungen bietet das Buch auch in völker-psychologischer und sonstiger Beziehung sehr Bedeutsames.

Ein Buch ganz anderer Art sind die Erinnerungen des Generals von Wrisberg „Der Weg zur Revolution 1914—1918“ (Weizsäcker 1921, R. F. Koehler). Ich brauche nicht hervorzuheben, daß ich mit der Tendenz des Buches nicht übereinstimme. Aber als Dokumentensammlung und als Zeugnis dafür, wie man bei den Gegnern der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Pazifisten über den Krieg geredet hat, erscheint es mir sehr bemerkenswert. Das Buch Wrisbergs ist geradezu eine Rechtfertigung für die Arbeit der Unabhängigen Sozialdemokratie. Denn gegen einen solchen Militarismus, wie ihn der Verfasser noch heute

vertritt, mußte mit allen Mitteln vorgegangen werden. Das Werk sucht chronologisch alle Bestrebungen nach einer Beendigung des Krieges von Seiten der Sozialisten und Pazifisten und ihre Bekämpfung durch die Militaristen darzustellen. Das Material von Wrisberg ist gut, seine Schlussfolgerungen sind aber falsch, da sie nicht die ganze Lage berücksichtigen.

Einen Mann konservativer Staatsauffassung lernen wir auch in den „Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben des hessen-darmstädtischen Staatsministers Frhr. du Thiel“ (Stuttgart 1921, Deutsche Verlagsgesellschaft) kennen. Diese behandeln die Zeit von 1866 bis 1848. Rechtspolitik im Innern lernen wir in diesem Buche kennen, nicht nach außen, da du Thiel nur Minister eines deutschen Kleinstaates war. Er war von früher Jugend auf ein Gegner alles dessen, was nach „Jacobinismus“ roch. Die polizeiliche Bevormundung in seiner Ministerzeit überschritt alle Grenzen. Die Beamten mußten unter seinem System willfährige Staatsinstrumente werden. Dafür durften sie sich aber auch alles erlauben, was ihnen gut dünkte. Je näher die Revolutionszeit 1848 nahte, um so schroffer ging man gegen die anders Denkenden vor. Ein solcher Mann mußte natürlich 1848 gehen. Seine Lebenserinnerungen sind auch, im Lichte der allgemeinen europäischen Geschichte betrachtet, sehr interessant. Wir erfahren vieles in Form von Anekdoten und Erlebnissen, was sich auf die Zeit des Rheinbundes, des Wiener Kongresses, des Zollvereins usw. bezieht. Das Buch liegt sich in der Tat wie ein spannender Roman und sollte weitestgehende Beachtung finden.

In eine noch etwas ältere Zeit führen uns „Des Reichsgrafen Thasverus Heinrich Lehndorff Tagebücher“ (Gotha 1921, 1. Band, Andreas Berthels). Ein sympatisches Mitglied des Adels erzählt uns hier aus seinem Leben in der Zeit von 1775 bis 1784. Wir erfahren, wie schon damals die Daffnung des Militärs auf neue Kriege gerichtet war (S. 64), daß damals Prinzen den Krieg um jeden Preis wünschten, damit sie sich auszeichneten (S. 84) und wie tief bereits damals ein Krieg in alle Verhältnisse einschritt (S. 99). Schon 1778 warf der Verfasser die Frage auf, ob nicht die ungeheuren Kosten des Krieges einmal dazu zwingen müßten, den Frieden dauernd aufrechtzuerhalten (S. 100). Einmal prägt Lehndorff das richtige Wort: „Die Rücksichtslosigkeit und Gewalttätigkeit, die von militärischer Seite ausgelöst wird, ruiniert Preußen gänzlich“ (S. 188). Auch in diesem Buche werden uns viele Anekdoten erzählt. Der Verfasser ist einmal Goethe begegnet, der sich dabei unglaublich hochmütig gezeigt haben soll. Charakteristisch sind auch die zahlreichen persönlichen Erinnerungen an Friedrich den Großen und den Prinzen Hein-

Die internationale Finanznot

Der Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen.

London, 6. April.

Westminster Gazette schreibt zur britischen Note an die Alliierten, der britische Handel leide infolge der Entschlossenheit der Alliierten Großbritannien, große Summen von Deutschland und Rußland zu erhalten. Die englische Regierung habe alle ernsthafte Hoffnung auf finanzielle Vorteile aus dem Reparationsplan ausgegeben. Es bestehe außerdem die Gefahr, daß die britischen Handelsinteressen in Rußland an die zweite Stelle und Frankreichs Interesse an den russischen Schulden an die erste Stelle gesetzt werde. Westminster Gazette fügt hinzu, England sollte bereit sein, gegen eine praktische Abänderung des Reparationsplanes und gegen eine vernünftige Regelung der Rußland betreffenden Frage die französischen Schulden zu streichen.

Daily Chronicle schreibt, die Frage der interalliierten Schulden hänge mit der Frage der deutschen Reparationen zusammen. Die Bezahlung der deutschen Entschädigung an Frankreich füge England als großer Handelsnation genau den Schaden zu, den es vorzüglich vermeide, wenn es davon abstehe, Zinsen von den Alliierten einzutreiben. Das Blatt fährt fort, Frankreich neige dazu, auf die Bezahlung von Entschädigungen zu dringen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands überschreiten. In Frankreich gebe es keine Arbeitslosigkeit, die mit der in England herrschenden zu vergleichen sei. England sei in erster Linie an der Befriedigung aller Nationen interessiert, diese Befriedigung sei für England mehr wert, als Reparation oder Zahlung von Zinsen.

Reynes über die Stabilisierung der Wechselkurse.

London, 6. April.

„Manchester Guardian“ bringt unter der Überschrift „Die Stabilisierung der europäischen Wechselkurse — ein Plan für Genua“ einen ausführlichen Artikel von Reynes, mit dem der englische Wirtschaftler die Helve von Ausfällen über den Wiederaufbau Europas, den der „Manchester Guardian“ aus Anlaß der Genuaer Konferenz veröffentlicht, einleitet. Reynes schreibt darin, er sehe augenblicklich keine andere Lösung der Stabilisierung als durchführbar an, als die der Schaffung des Goldstandards in so vielen Ländern wie nur möglich. In der Frage, ob Stabilisierung oder Deflation vorzuziehen sei, führt Reynes aus, es gebe kein einziges europäisches Land, dessen Regierung darauf abgesehen habe, die Deflation zu verfolgen, die Währung des Landes zu heben oder sie zu stabilisieren. Es werde schwer sein hier einen Fortschritt zu erzielen, bevor die beiden Probleme voneinander getrennt seien. Augenblicklich sei die Stabilisierung der europäischen Wechselkurse die Politik der Väter der Staatsbanken Europas strebe jedoch nach Befriedigung der Wechselkurse. Reynes ist der Ansicht, man müsse für jedes Land gesondert entscheiden, ob es besser sei, den Wechselkurs dieses Landes soviel wie möglich festzuhalten, wo er am besten anzuhalten werden kann, oder ob man darauf hinzielen soll, allmählich den Wert des Wechselkurses des Landes zu heben, was eine Verzögerung der Stabilisierung bedeute. Reynes schreibt, er persönlich sei der Ansicht, es sei wichtiger, die Wechselkurse festzulegen, als sie zu verbessern und fährt fort, die Deflation sei nur bei Ländern angebracht, die hoffen könnten, ihre Vorkriegsgoldparität bald wiederherzustellen. Dies könnte verlangt werden von Großbritannien, Holland, Schweden, der Schweiz und Spanien, jedoch von keinem anderen europäischen Lande. Für das französische Prestige Frankreichs mache es einen geringen Unterschied aus, ob der Franc auf 40 oder 50 für das Goldpfund, für Italien, ob die Lira auf 75 oder 100 für das Goldpfund stabilisiert werde. Reynes regt an, daß die Länder, deren gesetzliche Zahlungsmittel einen Goldwert haben, der um mehr als 20 Prozent im Vergleich zu ihrem Wert vom Jahre 1914 gefallen ist, eine Wiederherstellung ihrer Währung auf der Vorkriegsgoldwertbasis nicht versuchen möchten. Alle Währungen müßten sobald wie möglich gegen Gold zu einem festen Satz austauschbar sein. Der Goldumlauf müsse verringert werden, da Europa sein ganzes Gold als Reserve gegen Wechselkurschwankungen gebrauchen werde. Reynes schreibt, er sei der Ansicht, es werde schwer sein, die Währun-

gen der zahlreichen Nachbar Deutschlands wiederherzustellen, solange die deutsche Mark Schwankungen ausgesetzt sei. Er glaubt auch nicht, daß bei einem Wiederaufleben des Handels der Franc und die Lira ihren augenblicklichen Wert behaupten können. Es wäre ratsam, den Versuch unversäglichlicher Umkehrbarkeit in Gold auf folgende Länder zu beschränken: Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, die skandinavischen Länder, Spanien, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die anderen Länder könnten mit der Zeit zur Teilnahme daran zugelassen werden. Die neuen Geldwerte in diesen Ländern müßten auf der Finanzlage des Landes stehen, damit das Risiko eines Zusammenbruchs so gering wie möglich sei.

Amerikas Forderungen.

Die „Bostonische Zeitung“ bringt folgende Meldung:

In Washington wurde amtlich bekanntgegeben, daß, wenn es den Alliierten gelingen sollte, auf der Konferenz von Genua ein Abkommen über die Fundierung der auswärtigen Schulden Rußlands zu treffen, die amerikanische Regierung entschlossen ist, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den anderen Entente-mächten zu fordern. Nach hiesiger amtlicher Auffassung kann in Genua, obwohl Amerika dort nicht offiziell vertreten sein wird, kein Abkommen zugunsten der Gläubiger Rußlands getroffen werden, das den amerikanischen Interessen nicht entspricht.

Obwohl die amerikanische Regierung keineswegs optimistisch über die Aussichten denkt, sofortige Zahlungen auf die russischen Schulden in Amerika zu erhalten, hält sie es für erforderlich — nach Analogie ihrer Politik bezüglich der Befahrungskosten —, auch auf diesem Gebiete ihre Forderungen aufrechterhalten, damit die Entente-mächte sich davon Rechenschaft ablegen, daß sie nicht in der Lage sind, irgend etwas zu ihren eigenen Gunsten zu beschließen ohne die Zustimmung Amerikas. Der Beobachter Amerikas auf der Genuaer Konferenz, der Vortragsredner in Rom, Childs, wird sein wirksames Ausschicksrecht vor allem auf die 300 Millionen Dollar fügen, die Rußland Amerika schuldet.

Die Kohlenförderung im März

Kennenswerte Steigerung.

Ueber die Kohlenförderung im Ruhrbecken im Monat März 1922 wird jetzt amtlich gemeldet:

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der rheinischen Becken) wird für den Monat März 1922 auf rund 8,90 Millionen Tonnen in 27 Arbeitstagen berechnet. Im Februar 1922 stellte sich die Kohlenförderung von 24 Arbeitstagen auf 7,74 Millionen Tonnen, im März 1921 bei 25 Arbeitstagen auf 7,69 Millionen Tonnen. Arbeitstäglich berechnet, wird im März 1922 die Förderung durchschnittlich etwa 330 000 Tonnen ergeben, gegenüber einer arbeits-täglichen Förderung von 322 416 Tonnen im Februar 1922 und 307 407 Tonnen im März 1921.

Verglichen mit März 1921 ist also die arbeits-tägliche Förderung von 307 407 Tonnen auf 330 000 Tonnen gestiegen. Diese erhebliche Steigerung der Leistung zeigt deutlich, daß nicht die Arbeiter schuld daran sind, daß die Förderziffer nicht noch höher gestiegen ist. Auch die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung, die immer wieder gefordert wird, wird damit widerlegt. Ja selbst die Zweckmäßigkeit einer solchen erscheint uns zweifelhaft, denn nichts könnte die Arbeitslust der Bergarbeiter so gefährden, wie ein solcher Versuch, wenn er mit den üblichen plumpen Mitteln unternommen werden sollte.

England treibt die Anleihen ein. Das britische Schatzamt sandte am Mittwoch der französischen, italienischen, der portugiesischen, griechischen, rumänischen und der serbischen Regierung Noten, worin erklärt wird, daß England sich das Recht vorbehalten, vom nächsten Oktober ab die Zinsen der englischen Anleihen diesen alliierten Staaten gegenüber zu fordern.

Der Kampf gegen die Getreideumlage

Die freie Wirtschaft auf dem Ernährungsgebiet hat die katastrophalen Zustände heraufbeschworen, unter der gegenwärtig die große Masse der Bevölkerung so ungenauer leidet. Die von der Landwirtschaft nach der Herstellung der freien Wirtschaft in Aussicht gestellte Steigerung der Produktion ist nicht eingetreten, so daß Landwirtschaft und Handel die Notlage der Bevölkerung durch gewaltige Preissteigerungen reiflos auszuhalten konnten. Die Preise für alle inländischen Rohstoffe entsprechen daher heute bereits trotz der niedrigeren inländischen Produktionskosten den Weltmarktpreisen, belaufen also besonders diejenigen, deren Löhne und Gehälter nur langsam steigen und hinter den Weltmarktpreisen außerordentlich weit zurückbleiben. Würde nun der letzte Rest der Zwangswirtschaft, das Umlageverfahren für Getreide, auch noch beseitigt werden, so würden wir im kommenden Erntejahr auch in der Brotversorgung dieselben Zustände erleben wie in diesem Jahre bei den Kartoffeln.

Aus diesem Grunde hat sich kürzlich die Konferenz der Ernährungsminister für die Beseitigung der Getreideumlage ausgesprochen. Auch in den Kreisen der bürgerlichen Parteien ist eine Wandlung in diesem Standpunkt deutlich zu beobachten. Am Offenstichtest wurde sie bei der Abstimmungen im Preussischen Landtag. Ein deutschnationaler Antrag, der mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres die völlig freie Wirtschaft auch beim Getreide verlangt und jede Umlage abschaffen will, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso ein Antrag der drei Mittelparteien, der das Umlageverfahren durch eine andere Sicherstellung der Getreideversorgung ersetzen wollte. Gegen diesen Antrag stimmten die drei sozialistischen Parteien und die Deutschnationalen. Angenommen wurde dagegen ein deutschnationaler Antrag mit derselben Mehrheit, der die Beibehaltung der Brotzuschüsse des Reiches für die minderbemittelte Bevölkerung empfiehlt. Abgelehnt wurde aber auch der Antrag der Unabhängigen, das Umlageverfahren für Brotgetreide auszubauen und es auf die Kartoffel- und Milchwirtschaft auszudehnen.

Inzwischen sind die Agrarier am Werk den Kampf gegen die Getreideumlage systematisch zu organisieren. Ihre Agitatoren fahren von Dorf zu Dorf und hegen die Bauern gegen die städtische Bevölkerung und gegen die Umlage auf. So entstehen die zahlreichen Protestresolutionen gegen das Umlageverfahren. Der engere Vorstand des Reichslandbundes hat vor einigen Tagen erneut beschlossen

„seine Mitglieder aufzufordern, sich jeder Mitwirkung auch bereits bei den Vorarbeiten für ein etwaiges Umlageverfahren zu enthalten. Die Durchführung eines Umlageverfahrens werde gegen den Willen der organisierten Landwirtschaft unmöglich sein. Die Deckung des Brotgetreidebedarfs für die Bevölkerung sei unter den gegebenen Verhältnissen nur durch den freien Markt möglich.“

Die Großgrundbesitzer, die im Reichslandbunde die ausschlaggebende Rolle spielen, glauben mit dieser Drohung das Umlageverfahren verhindern zu können. Es muß ihnen daher mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß sie dieses Ziel nicht erreichen. Das Umlageverfahren für das neue Erntejahr kann und muß so ausgestaltet werden, daß es die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung nicht belastet. Alle diejenigen, die Getreide nur in dem Umlage anbauen, der zur eigenen Ernährung notwendig ist, können von der Umlage freibleiben, wenn der Großgrundbesitzer, der sich bei dem jetzigen System zu einem erheblichen Maße der Lieferungs-pflicht entzogen hat, richtig herangezogen wird. Wird diese Absicht rechtzeitig der Öffentlichkeit bekanntgegeben, dann kann man die Großgrundbesitzer ruhig weiterdrohen lassen, auf die Durchführung des Umlageverfahrens würde das ohne wesentlichen Einfluss bleiben.

Der Kampf um die Tarife

Am Schluß der Beratung der Deckungsvorlagen im Stadtparlament hat sich eine merkwürdige Front der Katastrophopolitiker zusammengeschlossen: Der Antifeminist und Deutschvölkische Knäppelknecht und die Kommunisten. Diese Gruppe erhob gegen die zweite Lesung und damit gegen die Verabschiedung der Vorlage selbst dann noch Einspruch, als unsere Fraktion nach den wirklich gravierenden Erklärungen des Rammersers ihren Einspruch gegen eine weitere Verschärfung der Vorlagen zurückgezogen hatte. Genosse Weul betonte in seiner ersten Rede, daß unsere Fraktion durch einstimmigen Beschluß die Deckung von Mehrausgaben durch Tarifierhöhungen ablehne. Die Verpflichtung zur Hilfe für die Gemeinden falle dem Staat zu. Eine Erhöhung des Straßendahnpreises auf 2,50 M. könne er zustimmen, wenn den Minderbemittelten Erleichterungen gewährt werden. Bei den Gaspreisen betonte der Redner, daß man die Erhöhung nur dann bewilligen könne, wenn Ordnung in die Betriebe komme.

Stadtkämmerer Dr. Starbinger führte etwa aus: Die in der letzten Sitzung genehmigten Gewerbesteuererlässe werden nach den gewordenen Mitteilungen die Genehmigung nicht erhalten, weil die beteiligten Gewerbetreibende vorher nicht gehört worden sind. Das bedeutet einen schweren Schlag für die Finanzen der Stadt für 1921 und das erste Halbjahr 1922. Inzwischen haben die städtischen Angestellten und Arbeiter entsprechend der Forderung erneute Forderungen, die sich zwischen 5 und 6 Mark bewegen, erhoben. Es dürfte wohl nicht überraschen, wenn er erklärte, daß wir in Verbindung mit den neuen Ausgaben unmittelbar vor einer neuen Deckungsvorlage stehen und daß wir durch weitere Tarifierhöhungen einen Ausgleich suchen müssen. Aber auch diese Vorlage müsse mit Beschleunigung erledigt werden. Es scheint hier eine Neigung zu bestehen, die Frage der städtischen Tarife zu einem Ventil für alle Art Unzufriedenheit mit dem Magistrat zu machen. So kann man nicht Gemeindepolitik treiben. Der Stadt sind durch die Verzögerung 17 Millionen verloren gegangen. Die Vorlagen sind überfällig, in einer Woche schon werden sie überholt sein.

Im weiteren Verlauf der Beratungen erklärten auch die Deutschnationalen ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen gestrichelt. Die Ausschussberatung wurde abgelehnt, nachdem Genosse Weul seinen anfänglichen Einspruch gegen die zweite Lesung zurückgezogen hatte, nahm Stadtverordneter Dörr im Namen der SPD, den Antrag wieder auf und erzielte die Vertagung der Vorlage, da er die Unterthaltung Knäppelknechts erhielt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der heute zu einer Sitzung zusammentritt, wird sich voraussichtlich mit der deutschen Antwort auf die Note der Reparationskommission beschäftigen.

rich. Es handelt sich um ein wirklich lesenswertes, kulturhistorisch bedeutsames Werk, das vielfach zum Nachdenken Anlaß gibt.

Aber kehren wir in die Geschichte der neueren Zeit zurück, so möchte ich vor allem auf Philipp Jorns Schrift „Deutschland und die beiden Daager Friedenskonferenzen“ (Stuttgart 1920, Deutsche Verlagsgesellschaft) hinweisen. Steht auch der Verfasser vielfach auf dem Boden einer anderen Weltanschauung, so hat er es doch trefflich verstanden, die unglücklich verbotene, dtorische Politik des deutschen Auswärtigen Amtes auf beiden Daager Friedenskonferenzen treffend zu beleuchten. Da Jorn der deutschnationalen Volkspartei angehört, so hat seine Kritik des Verhaltens der deutschen Regierung gegenüber der großen Idee der Schiedsgerichtsbarkeit besondere Bedeutung.

In jede Volksbibliothek gehören schließlich die beiden Erinnerungsbücher an den verstorbenen Pazifisten Hans Paasche. Das „Paasche-Buch“ von D. Wawerze (Hamburg 1921, Verlag der Jungen Menschen) ist außerordentlich lebendig geschrieben, schildert das ganze Leben Paasches in Anekdotenform und enthält mehrere sehr gute Bilder. Mehr tatsächliches Material über das Leben dieses Pazifisten bietet Magnums Schwantje „Hans Paasche, sein Leben und Wirken“ (Berlin 1921, Verlag Neues Vaterland). Paasche war mir schon zu der Zeit bekannt, da er sich pazifistischen Kreisen noch nicht so eng angeschlossen hatte. Er war während des Krieges Kamerad meines Bruders auf dem Minenschiffe „Bellona“. Mein Bruder hat mir, obwohl er mit Paasche monatlang zusammengewesen war, nie etwas davon erzählt, daß dieser getrauert sei, wie merkwürdigerweise die Verwandten des Toten später behauptet haben. Es ist erfreulich, daß in unserer schnelllebigen Zeit die Erinnerung an Paasche mit solchem Eifer aufrechterhalten wird.

Ich möchte zum Schluß auf ein Werk hinweisen, das in seiner Art der internationalen Verständigung dient, indem es Kenntnisse der anderen Völker und des gesamten Weltbildes vermittelt, nämlich auf „Brochhaus Handbuch des Wissens“ (Leipzig 1922, 1. Band). Dieses Werk zeichnet sich durch große Objektivität aus und dient nicht, wie so manches Nachschlagewerk der Vorkriegszeit, den besonderen Interessen der herrschenden Klassen. Es wird auf alle modernen Bestrebungen darin eingegangen, auch die erforderliche Literatur kurz erwähnt, so daß es die Grundlage für ein genaueres Studium in ausgedehnter Weise bietet. Das Gesamtwerk soll vier Bände umfassen und 7500 Abbildungen und Karten enthalten. Das Handbuch des Wissens ist dasjenige Handlexikon, das allen Arbeiterbibliotheken in erster Linie empfohlen werden kann.

Tages-Notizen.

Spielplanänderung. Deutsches Theater. Montag: „Gruam von Berger“. Theatervorstellung „Gruam von Berger“. Der singende Fisch. Drama von Friedrich Schiller, gelangt als erstes Stück der Theatergesellschaft „Gruam von Berger“ am 9. April, 12 Uhr mittags, im Deutschen Theater zur Aufführung.

Der Jüdische Ball der Koffer-Bühnen. Der Jüdische Ball der Koffer-Bühnen beginnt in der nächsten Spielzeit. Die erste Vorstellung bringt „Die Räuber der Welt“, „Kognerhelm“, „Schwänke“, „Tora“, „Gefühl der Welt“, „Die Wälder“.

Am nächsten Freitag den Besuch zu ermöglichen, wird ein besonderes Abonnement zur Hälfte der Normalpreise ausgesetzt. Annahme der Abonnementbestellung ab Montag, 10. April, an der Kasse des Rathenau-Theaters.

Letzte Fahrt

Wieder einer von den Alten! Seine Zeit war um, der Tribut an den Altbewinger fällig. Nur wenige der Jüngeren konnten ihn, wußten von seinem Wirken. Die Zeit zist so schnell, heute schneller als je, und ihrer gar so viele, die ganze Männer waren und doch kein unnützig Leben von sich machten, leisteten tüchtig, zähe Arbeit am Banner der Freiheit. Ein halbes Menschenalter hindurch. Bis die alten Knochen, gedrehtlich von der Frau einer für immer verflungenen Zeit den Dienst verlagten und die ältlichen Beine den schwachen Körper nur noch an die Wühlurne und selten in eine lebendige Versammlung trugen. Früher, vor langen Jahren... bei, da hätte ihr ihn sehen und hören müssen! Wichtig scholl sein Wort, tief und voll mitten ins Herz hinein. Die Ruhe und Güte waren es, die ihn so auszeichneten und so lieb machten, neben allen inneren Stärken drang der flug abwägende Verstand, der so oft die Wogen flätschte, wenn sie die Ufer überhäumten. Rein, einer von den ganz Großen, deren Name von allen Lippen löst, war er nicht. Ein lebendiges Bild fühlte er sich von dem Schillerwort: Jeder kann Großes leisten auf dem Posten, auf den ihn das Leben sinstellt! Tief durchdrungen war sein nimmer rauchender Geist von der titanischen Wahrheit, daß Großes nur werden könne aus Raffen von Kleinem, und wenn so manche unter dem Druck der Gewalt und Verfolgung verzweifeln wollten am baldigen Gelingen, rief er sie alle fort mit seinem Rufe und seiner Zähigkeit, seinem soldatischen Glauben an den endlichen Sieg.

In den Novembertagen 1918 war es. Da traf ich ihn zum letzten Male, bei den jütenden Raffen. Keine Ruhe hatte es ihn gelassen auf dem Krankenlager. Sehen, selbst sehen wollte er, wie die Wolken schwanden und die Sonne leuchtend den herblichen Himmel durchbrach. Ergreifen, erst seines Wortes mächtig, drückte er mir die Hand. Auch im Sieg wieder ganz der Alte, den die Erfahrung meißerte. Drei, vier, die ihn noch kannten, traten hinzu. Ringsum dränzte sich die stürmende, leidenschaftliche Jugend. Noch einmal kränzte sich sein Körper, blühte sein kampfabtisches Auge, scholl sein warnender Mund: „Ihr habt ihn den Sieg und habt ein Recht auf helle Freude. Nun alt ist es fast Schwereres, alt es festhalten, was wir errungen. Lasset nicht nach und seid auf der Wacht... die Wolken werden wieder kommen!“

Verstummt ist sein prophetischer Mund. Noch viel hat sein Geist sehen müssen von den Kämpfen um die junge Freiheit, vom zerknirschenden Brudermord. Unerfütterlich war sein Glaube an den endlichen Sieg des Guten über das Böse, der Vernunft über die Torheit. Und die ihn trauernd begleiteten auf seiner letzten Fahrt ins Ungewisse, wehmütig seine letzte Ruhestätte umgeben. — — sie wissen sich eins mit dem Leben, tapferen Toten, der so Großes leistete auf dem Vorposten, auf den ihn die Sache des Volkes gestellt hatte, dem in rühmlichen Jahren seine Arbeit so schwer und so löstlich war, wenn sie die Steinchen herbeibring zur Vollendung des mächtigen Freiheitsbaues. Behalten... weiterkämpfen! Sein Testament, für das Ganze bestimmt, nehmen sie mit fort von der frischen Grube, aus deren Ruinen neues Leben erblüht, und wollen es totenmütig erfüllen... die Lebenden. P. E. r.

Fristverlängerung für Umsteigefahrtscheine

Vor einiger Zeit war offiziell bekanntgegeben worden, daß es mit der zweihändigen Gültigkeitsdauer der Umsteigefahrtscheine nicht so genau genommen werden soll. Wenn also ein Fahrpaß mit einem auf 9 Uhr gelösten Schein die Rückfahrt einige Minuten nach 11 Uhr antritt, soll das gekostet sein. Viele Schaffner nehmen es aber noch auf die Minute genau, wodurch fortgesetzt Streitigkeiten entstehen. Bei den großen Entfernungen im Groß-Berliner Straßenbahnnetz erscheint überhaupt die Gültigkeitsdauer von zwei Stunden etwas sehr knapp. Tritt beispielsweise jemand die Fahrt 9 Uhr 5 Minuten an, so wird auf 9 Uhr 30 Minuten gelöst. Es gehen also von vornherein 25 Minuten verloren. Für die Einhaltung der weiteren Gültigkeitsdauer kommt es dann ganz auf die Entfernung des Fahrzeiles und auf die notwendige Zwischenzeit bis zur Rückfahrt an. Manche Linien haben ja eine Fahrzeit von 75 Minuten und mehr. In weiten Kreisen wird daher die Verlängerung der Gültigkeitsdauer auf drei Stunden gewünscht.

Eine Bestie in Menschengestalt

Als eine „Bestie in Menschengestalt“ bezeichnete der Anklagevertreter den 23jährigen Kaufmann Paul Scherf, welcher gestern aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, um sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kubmann wegen einer ganzen Reihe mit schrecklicher Heftigkeit verübter Mißhandlungen zu verantworten. Die von Staatsanwalt Dr. Reimer vertretene Anklage warf dem Angeklagten vor, seine 4- bzw. 2-jährigen Stiefkinder Edith und Heinz Schneider und seine 7 Wochen alte Tochter Lotte vorzüglich und mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung mißhandelt zu haben.

Im Juni v. J. hatte sich der Angeklagte mit der Witwe des im Eisenbahnbetriebe tödlich verunglückten Eisenbahnarbeiters Schneider verheiratet, welche ihm die 4-jährige Edith und den 2-jährigen Heinz mit in die Ehe brachte. Da sie den Tag über selbst arbeiten ging, kam sie erst spät dahinter, daß sich ihr Mann, der längere Zeit arbeitslos war, während ihrer Abwesenheit in der schrecklichsten Weise an den Kindern verging. Sie erwiderte zwar mehrfach an dem Körper der Kinder blaue Striemen und blutige Stellen, schöpfe aber keinen Verdacht, da ihr die kleine Edith selbst erklärte, daß sie sich gelassen habe oder von anderen Kindern geschlagen worden sei. Eines Tages wurde sie von ihrer Arbeitsstelle nach Hause gerufen, da ihr zwei-jähriger Heinz im Sterben liege. Sie holte sofort den praktischen Arzt Dr. Jacobsohn, welcher sofort fragte, wer das Kind so un-menschlich geschlagen habe. Der Angeklagte erklärte, er wisse von nichts. Noch an demselben Tage verstarb der kleine Heinz, und zwar nach ärztlichem Zeugnis des Dr. J. an Gehirnblutung. Obwohl sich leider nicht feststellen ließ, daß das bedauerenswerte Kind an den Folgen erstittener Mißhandlungen verstorben war, führte dieser Vorfall zu der Verhaftung des Stiefvaters und der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Leider erst jetzt meldeten sich zahlreiche Hausbewohner und andere Zeugen, die bisher den Standpunkt eingenommen hatten, sich nicht um fremde Familienverhältnisse zu bekümmern, obwohl es sich hier um hilflose Kinder gehandelt hatte. Die nunmehr einsetzenden polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte die Kinder in fürchterlicher Weise gequält und mißhandelt hatte. So stellte es sich heraus, daß er die Kinder wiederholt in den Wald gelockt und dann mit Knäpeln eine halbe Stunde lang mißhandelt hatte. Unter den schwersten Todesdrohungen zwang er die vier-jährige Edith, jedem Menschen zu sagen, sie sei von anderen Kindern geschlagen worden. Ähnlich verfuhr der brutale Mensch mit dem kleinen zwei-jährigen Heinz, der am Gefäß blutende Verletzungen aufwies. Selbst das in der Wiege liegende 7 Wochen alte eigene Kind hatte der Ruffling nicht verschont. — Vor Gericht führte Staatsanwalt

Dr. Reimer u. a. aus, daß gegen eine derartige Bestie in Menschengestalt nur die allerhärtesten Strafen in Anwendung kommen könnten. Das einzige, was ihn veranlasse, nicht die geistlichen Höchststrafen zu beantragen, sei das Gutachten des Sachverständigen, nach welchem der Angeklagte ein geistig hart minderwertiger Mensch sei. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 8 Jahre Gefängnis. Das Gericht ließ das Gutachten bei dem Straf-maß noch mehr in Erscheinung treten und verurteilte den Inhold zu der verhältnismäßig milden Strafe von drei Jahren Gefängnis.

Zur gest. Beachtung! Die Adresse der „Freiheit“-Redaktion ist noch wie vor: Berlin E. 2, Dritte Str. 89. Alle Zuschriften in redaktionellen Angelegenheiten sind nur an diese Adresse zu richten.

Kleine Notizen. Vom Reichs-Karndbuch erscheint am 1. Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 75 M. Belegungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. — Das Reichspostmuseum bleibt am Sonntag, den 9. April, wegen einer im Reichshof stattfindenden Gedenkfeier an die 25-jährige Wiederkehr des Todestages Heinrich von Stephan, des ersten Generalpostmeisters des Deutschen Reichs, für die Öffentlichkeit geschlossen.

Eine Massenachverhaftung arrangiert der Berliner Arbeiterschachklub am Sonntag, den 9. April, nachmittags 1/2 Uhr, in den „Fortuna-Sälen“, Strausberger-Str. 3, mit folgendem Programm: Vortrag, Wettkämpfe, Simultanpiel, freie Partien. Eintritt und Teilnahme für jedermann frei.

Gewerkschaftliches

Kaliski und Achtsundentag

Sir haben wiederholt die famose Rolle des rechtssozialistischen „Gutachter“ Kaliski gekennzeichnet, der für die Suspensionierung des Achtsundentages im Reichswirtschaftsministerium plädierte. Auch die deutliche Stellungnahme der Textilarbeiter-Zeitung haben wir hier in Nr. 102 wiedergegeben. Der „Vorwärts“ bringt nun in Nr. 104 eine Notiz, die „Eine schiefte Darstellung“ überschrieben ist und sich mit dieser Sache beschäftigt. Die haunende Mitwelt ist nun begierig zu erfahren, was bisher „schief“ dargestellt wurde. Und siehe da: es heißt, daß „war richtig ist, daß Kaliski als Sachverständiger im Reichswirtschaftsamt sich in dieser Weise geäußert hat, richtig auch, daß er Mitglied der SPD. ist. Falls aber ist, daß Kaliski als Sachverständiger der SPD. im Reichswirtschaftsamt gesprochen hat. Er hat dort weder im Auftrage der SPD., noch im Einvernehmen mit ihr oder gar in ihrem Sinne gesprochen.“ Das ist eine erschreckliche Berichtigung! Es hat zwar etwas lange gedauert, daß die SPD. von Kaliski deutlich wahrnehmbar abgelehnt ist. Wenn der „Vorwärts“ aber glaubt, diese anstandslos Tätigkeit als eine Privatplaciere hinzustellen, so wird ihm das niemand glauben. Deshalb müßten noch wie vor sich die rechtssozialistischen Gewerkschaftler dagegen schützen und nachdrücklich verwahren, daß ihr Parteigenosse Kaliski ihnen nicht durch seine inoffizielle, also private Tätigkeit, Steine in den Weg legt.

Merkwürdige Berichterstattung

Vor uns liegt die Nr. 24 des vom ADGB. herausgegebenen Gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes, über die überaus wichtige Betriebsratskonferenz der Textilarbeiter, die letzten in Leipzig stattfand und über die wir ausführlich berichteten, wird mit einer falschen Notiz von ganzen 30 Zeilen berichtet. — Von den überaus wichtigen Verhandlungen und ihren Beschlüssen in bezug auf die Sozialgesetzgebung, die von eminentester und vorbildlicher Bedeutung sind, fehlt ein einziges Wort darin. In derselben Nummer finden wir aber eine launige Notiz über einen lokalen Streit des Chorporals in Bayreuth, die 70 Zeilen ausmacht. Wir finden weiter eine unserer Meinung nach überflüssige Notiz über die Kriegsgärberfürsorge, die denn doch mit gewerkschaftlichen Dingen nichts zu tun hat. Wir erwähnen weiter, daß so oft ausführlich über alle Konferenzen und Besprechungen irgendwelcher Verbände berichtet wird. Warum nun in diesem Falle so kurz? Wir machen diese Ausstellungen gegen eine aus politischen Motiven heraus, sondern aus streng gewerkschaftlichen Gründen. Wir müssen eben verlangen und erwarten, daß der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst objektiv berichtet, auch dann, wenn die betreffenden Beschlüsse nicht die begehrte Zustimmung der Funktionäre des ADGB. finden. Wir hoffen, in Zukunft wird's besser.

Buchbinder

Morgen Sonnabend finden die Wahlen zum Gewerkschaftskongress statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, sich die zu wählenden Kandidaten genau anzusehen. Es dürfen nur solche Delegierte gewählt werden, die wirklich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die eintreten gegen Arbeitszeitgesetz und Schlichtungsordnung, für den Zusammenschluß in großen Industrieorganisationen für die wirkliche Erfassung der Sachwerte.

Für obige Ziele setzen sich ein: Karl Pesche, Leipzig; Johann Kargl, Frankfurt a. M.; Peter Kaspar, Berlin; Lucie Kreszmin, Berlin; Hermann Siegel, Hellsbrunn; Wilhelm Stephan, Berlin. Wir erziehen, diesen Kandidaten die Stimme zu geben.

Zum Verbandstage ist die Liste IV, beginnend mit den Namen: Wilhelm Stephan, Peter Kaspar, Selma Peter, Emil Priemer zu wählen.

Bekundet durch reifliche Beteiligung an den Wahlen euren Willen zur Mitarbeit am geschlossenen Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus.

Behördenjafotage

Eine gutbesuchte Vollversammlung der in den Ver-sorgungsämtern beschäftigten Arbeiter und Angestellten beschäftigte sich am 5. April in der Vorkammer mit der Berichterstattung des Schiedsrichters des besonderen Schlichtungsausschusses.

Der Vorsitzende des Bezirksbetriebsrates Stage berichtete über die Verhandlungen über die Forderungen der Angestellten. Dieser Schlichtungsausschuss hat bereits am 20. November 1921 die Schaffung von Aufzuchtstellen festgelegt. Noch immer warten jedoch die Angestellten darauf, daß das Reichsarbeitsministerium mit dem Hauptbetriebsrat die Festlegung der Stellen für die einzelnen Dienststellen vornimmt. Trotz allen Drängens der Angestellten wird die Angelegenheit nunmehr mehr als vier Monate hinausgezögert. Die Arbeitnehmer fordern nunmehr eine sofortige Erledigung sowie die Entziehung aller Nachzahlungen. Die Diskussion ergänzte das Kapitel der zweifachen Behandlung, die ehemaligen unfähigen Offizieren und den produktive Arbeit leistenden Angestellten zuteil wird. Versenberger schilderte noch die Taktik einer unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Fischer tagenden Spruchkammer des

Zentrallichtungsausschusses. Trotzdem festgelegt ist, daß sich dieser nur mit generellen Angelegenheiten beschäftigen soll, haben die Behörden bisher alle Streitigkeiten diesem zur Erledigung überwiesen unter Ausschaltung der Bezirks-ausschüsse! In dieser Angelegenheit fand eine Entschiedenheit Ausnahme, die die Schaffung von Richtlinien über die Zuständigkeit des Zentrallichtungsausschusses und die Einsetzung einer wirklich unparteiischen Schlichtungsstelle fordert. Außerdem wird eine Resolution verlangt, daß der Schieds-spruch seine Auswirkung findet. Gewerkschaften und Arbeiterparteien wurden beauftragt, die Durchführung zu erzwingen, ansonst alle Mittel in Anwendung gebracht werden.

Die Kesselschmiede gegen die Reichswerke Spandau

Eine Branchenversammlung der Kesselschmiede, welche am Montag, den 3. April, stattfand, beschäftigte sich mit den Vordrängen und Maßnahmen der Kesselschmiede von Seiten der Reichswerke in Spandau.

Es wurde ausgeführt, daß vor längerer Zeit wegen ungenügender Bezahlung die Kesselschmiede ordnungsmäßig kündigt. Nach Beilegung der Differenzen durch die Organisationsrat wurden die Kündigungen nach einer Verhandlung von Seiten der Betriebsleitung zurückgenommen, bis auf die Kündigung eines Kollegen, welchen die Firma nicht weiter beschäftigen wollte. Unter diesen Umständen erklärten die übrigen Kesselschmiede, auf ihrer Kündigung beharren zu müssen. Darauf nahm die Direktion auch die Kündigung des zurück.

Nach Ablauf von 12 Tagen wurde jedoch den Kesselschmieden mitgeteilt, daß sie ihre Papiere fertig machen sollten. Als der Branchenleiter Sachlamont mit der Betriebsleitung deshalb verhandelte, die Kündigungen zurückzunehmen, wurde er der Unwahrheit bezichtigt und die Verhandlungen abgebrochen. Die Betriebsleitung erklärte, auf die Kündigung sämtlicher Kesselschmiede bestehen zu müssen. Darin erklärten die Kesselschmiede eine Maßregelung, sie fordern alle Kollegen zur Solidarität auf und erwidern ihre Verunsicherung, den Betrieb der Reichswerke Spandau zu meiden. Die Versammlung faßte auch einen solchen Beschlusses und verabschiedete ihre Organisation.

Dachdecker und Berufsangelegenheiten! Mit Wirkung vom 31. März 1922 erhöht sich der Lohn in allen Stufen um 5,50 M. je Stunde, zahlbar in dieser Lohnzahlungswoche. Außerdem erhält jeder Arbeitnehmer, der innerhalb der alten Postgrenze wohnt und arbeitet, täglich eine Straßenbahnfahrkarte vergütet, ob gefahren wurde oder nicht, darüber hinaus bis zu 20 Kilometer das veränderte Nachschub und einen halben Stundenlohn und von 20 bis 30 Kilometer das volle Fahrgehalt und einen Stundenlohn als Nachschubentschädigung. Meldungen über nicht gezahlte Löhne usw. sind spätestens in der Versammlung am Mittwoch, dem 19. April, zu machen. Der Vorstand.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Die am 22. März stattgefundene Sitzung beschäftigte sich mit der Frage der „Arbeitsnachweise“, über die Gen. Steinhaus referierte. In der regen Diskussion begründeten fast sämtliche Redner die Kündigungsstellung, besondere aber die unbedingte Selbstkündigung der Nacharbeiternachweise. Die vom Referenten vorgelegte Resolution fand Annahme. Der Vorsitzende gab sodann Bericht über die letzte Plenarsitzung der Berl. G. A. und die daselbst angenommenen Richtlinien, über die sich eine längere Diskussion entspann. Ergänzt wurde die mangelhafte Reinstellung der Straßen und öffentlichen Gebäude, die gesundheitsgefährlich ist. Eine diesbezügliche Entschädigung fordert die Befestigung der unhaltbaren Zustände.

Wahl-Bund. Angelegenheit der Chemischen Industrie. Nach Verhandlung mit den Sacharuppen-Delegierten haben wir auf Grund des Abstimmungsergebnisses, das am Dienstag, den 28. März 1922 getroffene Abkommen unterzeichnet. Dementprechend gelten die Wahlbeschlüsse ab 1. März bzw. 1. April 1922.

Parteiveranstaltungen

Wochenfeier. Einladungen für die proletarischen Feiertage im Großen Schauspielhaus sind zu haben beim Genossen Schulz, Berlinerstraße 7.

Sonnabend, den 8. April.

- 1. Erweiterungsbereich Königsplatz, Abend 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Großen Schauspielhaus.
- 2. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 3. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 4. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 5. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 6. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 7. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 8. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 9. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 10. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.

Sonntag, den 9. April.

- 11. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 12. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 13. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 14. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 15. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 16. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 17. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 18. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 19. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 20. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.

Vereinskalender

Sonnabend, den 8. April.

- 1. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 2. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 3. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 4. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 5. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 6. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 7. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 8. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 9. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 10. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.

Sonntag, den 9. April.

- 1. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 2. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 3. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 4. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 5. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 6. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 7. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 8. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 9. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.
- 10. Parteiveranstaltung im Volkshaus, am 20. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteiführung im Volkshaus.